

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Christine Ostrowski
und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/2091 –**

Ausschöpfung der öffentlichen Haushaltsmittel im Bereich Bau- und Wohnungswesen

Die deutsche Bauwirtschaft hat in einer entsprechenden Studie festgestellt, dass Bund, Länder und Gemeinden 13 Prozent der in ihren Haushalten 1998 eingestellten Mittel für Baumaßnahmen nicht ausgeschöpft hätten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Ergebnisse zeigt der Soll-Ist-Vergleich zwischen geplanten und ausgeschöpften Mitteln für Baumaßnahmen
 - a) auf Bundesebene,
 - b) auf Länderebene,
 - c) auf kommunaler Ebenein den Jahren 1995 bis 1998?

2. Wenn es zutrifft, dass eingestellte Haushaltsmittel für Baumaßnahmen nicht ausgeschöpft wurden, wo liegen nach Auffassung und Kenntnis der Bundesregierung die Ursachen dafür
 - a) auf Bundesebene,
 - b) auf Länderebene,
 - c) auf kommunaler Ebene?

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom 24. November 1999 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

3. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus für ihre zukünftige Haushaltspolitik?

Der Bund stellt den Ländern nach Maßgabe des Bundeshaushaltsplans durch Verwaltungsvereinbarungen Finanzhilfen zur Förderung des Städtebaues und des sozialen Wohnungsbaues zur Verfügung.

Die Finanzhilfen (Verpflichtungsrahmen) eines Programmjahres werden je nach Förderungsweg in vier bis sieben Jahresraten haushaltsmäßig abgewickelt.

Die Bewirtschaftung und Abwicklung der Finanzhilfen, insbesondere die Weiterreichung der Mittel an die Letztempfänger erfolgt durch die Länder. Der Soll-Ist Vergleich (Städtebauförderung und sozialer Wohnungsbau) in den Jahren 1995 bis 1998 zeigt auf Bundesseite folgendes Ergebnis – in Mio. DM – :

Jahr	Soll	Ist	%
1995	3.543,9	3.489,1	98,45
1996	3.737,9	3.741,1	100,09
1997	3.641,8	3.631,4	99,71
1998	3.564,3	3.577,3	100,36

Der Vergleich zeigt, dass zwischen Soll- und Ist-Ausgaben nur marginale Differenzen vorliegen, die angesichts der Programmlaufzeiten und -abläufe nicht zu vermeiden sind.

- Baumaßnahmen des Bundes im Rahmen des Bonn-Berlin Umzuges

Für die zu betreuenden Bundesbaumaßnahmen im Rahmen des Umzuges von Parlament und Regierung nach Berlin kann grundsätzlich gesagt werden, dass die Haushaltsmittel alle voll ausgeschöpft werden. Der Mittelabfluss musste in der Vergangenheit jedoch teilweise wegen Verschiebungen von Baufertigstellungsterminen aus unterschiedlichsten Gründen entsprechend angepasst werden.

Berlin, den 8. November 1999

Christine Ostrowski
Dr. Gregor Gysi und Fraktion